

## KURZ UND PRÄGNANT

### Ressentiments sind fest verankert

Zur Vorstellung der Analyse des Kompetenzzentrums Rechtsextremismus an der FSU Jena zur Gefährdung der demokratischen Kultur in Thüringen, erklärt Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion: „Die klaren Befunde zu weit verbreiteten demokratiefeindlichen und extrem rechten Einstellungsmustern unterstreichen die Notwendigkeit der Fortführung und Neujustierung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welt-offenheit.“ Ähnlich wie bereits der Thüringen-Monitor konstatierte das Kompetenzzentrum hohe Zustimmungswerte insbesondere zu ausländerfeindlichen und sozial Depri-vierte abwertenden Aussagen. Man könne daher nicht von einem Problem eines extremistischen Randes sprechen, sondern habe es mit fest in der Bevölkerung verankerten Ressentiments und Anschauungen zu tun. Der schleichenden Verschiebung der Gesellschaft nach "rechts" durch Anknüpfung an klassische rechtsextreme Ideologeme wie "Überfremdung" müsse mittels einer konsequenten Intervention und deren institutioneller Stärkung im Landesprogramm entgegengewirkt werden. Den vom Kompetenzzentrum erarbeiteten Empfehlungen müsse im Landesprogramm Rechnung getragen werden. ■

### Hetzplattformen der Neonazi-Szene

Zur Durchsuchungen in Thüringen im Rahmen des Verbots des Neonazi-Netzwerkes „Altermedia“ erklärte MdL Katharina König: „Erneut ist bei einer NPD-Funktionärin der Nachweis der Verbindung zwischen NPD und militanten Neonazis erbracht.“ Es ging um Irmgard T., Mitglied im Schiedsgericht der NPD Thüringen. Sie ist keine Unbekannte in der Neonazi-Szene, in ihrem „Kulturhaus Haselbach“ finden regelmäßig Neonazi-Veranstaltungen statt, wie am 11. Juli der Gründungsparteitag der Neonazi-Partei „Die Rechte Thüringen“. Sie ist unter dem Nutzernamen „osiris“ als eine maßgebliche Akteurin im rechtsextremen und seit 2012 ebenfalls verbotenen Internetforum „Thiazi“ aufgefallen. „Altermedia“ ist seit Anfang der 2000er Jahre eine der maßgeblichen Hetzplattformen der bundesweiten Neonazi-Szene. „Das Verbot kommt angesichts der jahrelang verbreiteten Hetze auch gegen Personen, wie beispielsweise Michael Kleim, Stadtjugendpfarrer aus Gera, zu spät. Die Ersatzstrukturen sind längst in unterschiedlichsten Formen etabliert.“ ■

# Asylkompromiss ist verheerendes Signal

**„Die ganze Welt ein 'sicherer Herkunftsstaat?', titelte kürzlich pro Asyl und bezeichnete das Konzept 'sicherer Herkunftsstaat' als ‚vollends zum Spielball politischen Guldünkens fernab rechtsstaatlicher Erwägungen‘. Für die drei jetzt als ‚sicher‘ deklarierten Länder sind Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die der jeweilige Staat nicht in der Lage oder Willens war, zu verhindern, oder für die er sogar selbst verantwortlich gewesen ist“, so die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Sabine Berninger.**

„Was die schwarz-rote Bundesregierung hier macht, ist, über die asylrechtliche Bedeutung – die erneute Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, die Missachtung der europa- und verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Einstufung solcher sicherer Herkunftsstaaten – und die Auswirkungen für die betroffenen Menschen hinaus, auch ein verheerendes Signal an die eingestuften Länder: Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen reden von einem 'Persilschein', so Sabine Berninger.

Selbst als „Menschenrechtsverletzung“ könne man die nun beschlossene Aussetzung des Familiennachzugs bezeichnen. „Schon die Debatte darüber und die ständige Rede von Obergrenzen führte dazu, dass viele Frauen und Kinder sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer machten. Den Familiennachzug auszusetzen be-

deutet, für die Betroffenen, lebensgefährliche Fluchtwege in Kauf zu nehmen, wissentlich zu beschließen, dass Kinder sterben.“

Die Abgeordnete forderte die Thüringer CDU auf, anstatt mit Asylrechtsverschärfungsforderungen das Geschäft der Rechtspopulisten zu betreiben, sich lieber in Berlin für die notwendige, vor allem finanzielle Unterstützung bei der Flüchtlingsaufnahme und -integration vor Ort in den Ländern und Kommunen einzusetzen.

**Herausforderungen können nur gemeistert werden, indem man die Unterstützung stärkt**

**In der Landtagsdebatte am 29. Januar zum CDU-Antrag „Asyl- und Flüchtlingspaket der Bundesregierung zügig und vollständig umsetzen“ hatte Sabine Berninger u.a. an die Adresse der CDU-Fraktion erklärt:**

„Sie nehmen keine Ängste und vermitteln auch nicht Empathie oder ein Gefühl der Willkommenskultur, sondern Sie bestärken vorurteilsbehaftete Ängste, falsche Vorstellungen und Ressentiments. Ja, es stimmt, es gibt große Herausforderungen, was die Unterbringung und Versorgung, was Deutschkurse, was die Bildung in Kita und Schule und was das ganze Paket an Integrationsmaßnahmen betrifft. Diese sind – und das wissen Sie auch – nicht zuletzt potenziert durch eine Art Arbeitsverweigerung von Politik und Verwaltung in den letzten Jahren und Jahrzehnten – auch und gerade hier in

Thüringen, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU.

Diese Herausforderungen meistert man aber nicht durch die Einschränkung verfassungsmäßiger Rechte oder durch das möglichst schlechte Behandeln von Menschen. Die Herausforderungen können nur gemeistert werden, indem man Unterstützungsstrukturen stärkt, indem man Behörden fit macht, indem man den Menschen Integration und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

Verwenden Sie doch Ihre Energie bitte nicht auf besorgte Briefe, Asylrechtsverschärfungsanträge oder Unterstellungen gegen die Landesregierung, sie würde die Gelder für sich behalten, anstatt sie den Kommunen weiterzureichen, sondern setzen Sie sich lieber in Berlin dafür ein, dass die 2015 erwirtschafteten 12 Milliarden Euro nicht zu einer schwarzen Null gemacht, sondern in das 'Wir schaffen das!' investiert werden, in das 'Wir schaffen das!' zur Unterstützung derer, die daran in den Landesaufnahmeeinrichtungen, in den Kommunen, in den Verwaltungen, in den Schulen und Kitas, in den Unterkünften und in vielen Vereinen und Initiativen haupt- und ehrenamtlich mit viel Enthusiasmus und mit großartigem Engagement arbeiten.

Ihr Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU, ist – genau wie die gestern in Berlin getroffenen Vereinbarungen – für das „Wir schaffen das!“ nicht geeignet, sondern – im Gegenteil – ausschließlich kontraproduktiv.“ ■

## Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus



In bewegenden Worten hatte am 27. Januar, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der KZ-Überlebende Naftali Fürst in der Gedenkstunde im Thüringer Landtag zu den Gästen gesprochen. „Es ist das Vermächtnis der Überlebenden wie Naftali Fürst, dass wir aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Verbrechen dauerhafte Lehren ziehen“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow und würdigte den Einsatz des ehemaligen Buchenwald-Häftlings für gelebte Toleranz. Am Nachmittag fand

eine Kranzniederlegung mit Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung, Vertretern der Thüringer Landesregierung und des Thüringer Landtags, unter ihnen die Fraktions- und Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, am Denkmal für die Opfer des Konzentrationslagers Buchenwald statt.

Am 26. Januar war im Zwischengang des Funktionsgebäudes im Thüringer Landtag die Ausstellung „Erinnerung bewahren. Sklaven- und Zwangsarbeiter des Dritten Reiches aus Polen 1939



bis 1945“ eröffnet worden.

Die Ausstellung der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, die noch bis zum 6. März besichtigt werden kann, zeigt die deutsche Besatzungspolitik gegenüber polnischen Staatsbürgern während des Zweiten Weltkrieges. Fotos, Dokumente und Listen zeugen vom tragischen Schicksal einzelner Menschen und ganzer Familien. Dazu Verordnungen und Aufrufe der Besatzer sowie Bekanntmachungen über Massenerschießungen. ■